



- Drei Fallbeispiele – was ist steuerlich absetzbar?
- Ab 2015 Änderungen im »Datschengesetz«
- Fragen rund um die Pflege

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 25. September 2013

68. Jahrgang/Nr. 224 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

Zielkonflikt

Von Ingolf Bossenz

Als Kind habe er anhand der Nachrichten vom Krieg lesen gelernt, erklärte einmal der US-Philosoph Michael Walzer im Interview. Ein Aperçu, das für Anthony Lake – ebenfalls US-Amerikaner – wenig tröstlich sein dürfte.

Lake ist Exekutivdirektor des Kinderhilfswerks UNICEF und forderte jetzt (wieder einmal), dass Bildung nie das Opfer eines bewaffneten Konflikts sein dürfe. Ein frommer Wunsch angesichts von 28,5 Millionen Kindern, die aufgrund solcher Konflikte nicht die Grundschule besuchen können. Eine schändliche Zahl, die seit Jahren die Statistiken des globalen Elends behaust. Nur die Gegenden der Gemetzeln wechseln. Aktuell: Zentralafrikanische Republik, Mali, Demokratische Republik Kongo. Vor allem: Syrien.

In den sogenannten Millenniumszielen der UNO wird 2015 als Jahr fixiert, bis zu dem sichergestellt sein soll, dass Kinder in der ganzen Welt eine Primärschulbildung vollständig abschließen. Ein Bildungsziel. Anspruchsvoll. Aber dennoch eigentümlich bescheiden in einem jungen Jahrhundert, dessen materielle und technologische Errungenschaften tagtäglich exhibitioniert werden. Doch was ist schon ein bescheidenes Bildungsziel bei immer neuen ehrgeizigen Kriegszielen? Bei denen sich zudem weit mehr verdienen lässt. Bücher? Bomben! Waffen statt Wissensexport.

Und dann sind da noch jene Dutzende Millionen Kinder, die zwar nicht in Konfliktgebieten leben, aber trotzdem keine Schule besuchen können. Immerhin: An Kriegsnachrichten zum Lesenlernen fehlt es ihnen nicht.

Schützen ohne ABC

UNICEF: 28,5 Millionen Kinder durch Kriege von Bildung ausgeschlossen



Berlin (nd). Fast eine Million Kinder befinden sich allein wegen des Bürgerkriegs in Syrien auf der Flucht. Unzählige müssen in gefährlicher und unwirtlicher Umgebung leben, weil ihr Zuhause zerstört wurde (im Bild: Kinder in einem Industriegebiet in Aleppo). Doch auch für viele, die nach einer gegückten Flucht nicht mehr in Lebensgefahr sind, steht nichts weniger als ihre Zukunft auf dem Spiel.

57 Millionen Kinder im Grundschulalter weltweit wurden durch Kriege aus ihrem Schulalltag herausgerissen, mehr als die Hälfte von ihnen (28,5 Millionen) hat dadurch jeglichen Zugang zu Schulbildung verloren. Im Jahr 2008 waren es noch 42 Prozent der von Krie-

gen betroffenen Kinder, denen das Recht auf elementare Ausbildung verwehrt wurde. Den Daten der Kinderrechtsorganisation Save the Children zufolge sind es vor allem die Kämpfe in Syrien, der Zentralafrikanischen Republik, Mali und der Demokratischen Republik Kongo, die zu dem eklatanten Anstieg geführt haben.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF wertet Angriffe auf Schulen, Schüler und Lehrer als Menschenrechtsverletzungen, die zu den Kriegsverbrechen zu zählen sind. »Education Cannot Wait« (Bildung kann nicht warten) heißt die vor einem Jahr gestartete Initiative der Vereinten Nationen, als deren Ziel Generalsekretär Ban Ki Moon erklärt

hat, allen Kindern der Welt den Grundschulbesuch zu ermöglichen. »Wir müssen eine bewusste und vorsätzliche Abkehr von den bisherigen Antworten der Politik auf humanitäre Krisen vollziehen, bei denen Bildung üblicherweise unterfinanziert war«, sagte der UN-Beauftragte für Globale Bildung, Gordon Brown, der der Initiative vorsitzt, im Vorfeld der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. In Anbetracht der Massen von Flüchtlingskindern in Syrien gebe es die Gelegenheit, sofort zu handeln und das Versprechen auf Bildung für alle einzulösen.

Foto: imago/PuzzlePix

Obama vor UNO: Assad ist der Giftgas-Täter

Militärische Option gegen Syriens Regierung bekräftigt

New York (Agenturen/nd). US-Präsident Barack Obama hat vor der UN-Vollversammlung zu entschlossenem Handeln gegen den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien aufgerufen. Es sei eine Beleidigung des menschlichen Verstandes und der Vollversammlung, wenn man behaupte, dass irgendjemand anderes als das Regime von Machthaber Baschar al-Assad für einen Giftgasangriff mit mehr als 1000 Toten verantwortlich sei, erklärte er am Dienstag in New York. Obama drängte den Sicherheitsrat, eine kraftvolle Resolution zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen zu verabschieden. Falls Assad bei der Zerstörung der Waffen nicht kooperiere, würden die USA notfalls auch militärisch eingreifen.

Die USA werden Obama zufolge ihre diplomatischen Bemühungen auf eine Lösung des Nahostkonflikts und eine Beendigung des Atomstreits mit Iran konzentrieren. Außenminister John Kerry sei von ihm als Unterhändler für die Atomgespräche ernannt worden, führte der US-Präsident aus. Er betonte erneut, dass die USA Iran davon abhalten würden, eine Atombombe zu bauen. Die USA seien ermutigt, dass der neue Präsident Hassan Ruhani von den Iranern ein Mandat für moderatere Politik erhalten habe. Zum Nahostkonflikt sagte Obama, die USA machten keinerlei Kompromisse, wenn es um die Sicherheit Israels und dessen Existenz gehe. Er bekräftigte, dass eine Zwei-Staaten-Lösung der einzig echte Weg zum Frieden sei.

Brasilien Präsidentin Dilma Rousseff prangerte bei der Generaldebatte der Vereinten Nationen die Spionage durch den US-Geheimdienst NSA an. »Eine derartige Einmischung ist eine Verletzung des Völkerrechts«, sagte Rousseff am Dienstag in New York. Das Argument Washingtons, dass diese »illegalen Abhörmaßnahmen« dem Schutz vor Terroristen dienen, sei »unhaltbar«. »Brasilien weiß sich selbst zu beschützen«, sagte sie.

Kommentar Seite 8

KURZ

Geiseldrama beendet

Nairobi (dpa). Die Terroristen im Einkaufszentrum der kenianischen Hauptstadt Nairobi sind nach offiziellen Angaben besiegt. Fünf der Angreifer seien bei der Militäroperation seit Samstag getötet worden, zwölf Verdächtige festgenommen, sagte Präsident Uhuru Kenyatta am Dienstagabend in einer Fernsehansprache. Seite 20

Milibands Versprechen

London/Brighton (dpa). Der Vorsitzende der britischen Labour-Partei, Ed Miliband, hat auf dem Parteitag in Brighton Versprechen für die Parlamentswahl 2015 abgegeben. Im Falle eines Wahlsieges werde Labour die Strom- und Gaspreise zwei Jahre lang konstant halten und 200 000 neue Wohnungen bauen.

Noch 19 Hungerstreikende

Washington (dpa). Die Zahl der Guantanamo-Häftlinge im Hungerstreik ist nach US-Militärangaben deutlich gesunken. Derzeit würden noch 19 der 164 Insassen in dem US-Gefangenenlager auf Kuba die Nahrung verweigern, sagte ein Pentagon-Sprecher. 18 von ihnen würden zwangsernährt.

Bombenanschlag in Damaskus

Kairo (dpa). Bei der Explosion einer Autobombe sind in der syrischen Hauptstadt Damaskus nach Angaben von Aktivisten sieben Menschen ums Leben gekommen. Die Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter meldete, es seien zudem 15 Menschen verletzt worden.

Unten links

Herr, dunkel war der Rede Sinn, spötelte unser Mathematiklehrer gern mit einem Schiller-Zitat, wenn ich meine Lösungen für mathematische Aufgaben an der Wandtafel präsentierte. Bis heute tappe ich beim Rechnen oft im Dunklen, Beispiel Wahlarithmetik. Wenn von 62 Millionen Wahlberechtigten 18 Millionen nicht wählen und vom Rest mehr als die Hälfte nicht die Union, wieso hat Schwarz dann ein Superergebnis? Nach meiner Rechnung haben die Nichtwähler schließlich nicht nur LINKE, Sozialdemokraten und Grüne nicht gewählt, sondern auch die Schwarzen nicht, oder? Adiere ich die alle, kommt die Union auf mickrige Zahlen, die möchte ich hier gar nicht aufschreiben. Die Herrin – immerhin Physikerin – wird doch nicht multipliziert haben, wenn sie das für ein Superergebnis hält? Mich machen solche Bewertungen traurig, denn sie zeigen mir einmal mehr: Ich kann nicht nur den Zahlen nicht mehr folgen, sondern auch den Worten nicht. Herrin, dunkel war der Rede Sinn. ott

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Das große Treten

Zwei Tage nach der Wahl gab es viele Rück- und Antritte, nur keine Fortschritte

Von Markus Drescher

Die größten personellen Veränderungen wird es – neben der FDP – bei den Grünen geben, aber auch die Piraten müssen sich neu aufstellen. Während der Dienstag geprägt war von Personalfragen, gab es beim Thema möglicher Koalitionen kaum Bewegung.

»Tschüb #Piraten! Das war es für mich. Ich ziehe mich zurück. Vielen Dank für 4 1/2 tolle Jahre im #BuVo.«, verkündete Bernd Schlömer, Vorsitzender der Piraten, am Dienstag über den Kurznachrichtendienst Twitter. Er war an diesem Tag nicht der Einzige, dessen Rückzugsentscheidung nach enttäuschenden Wahlergebnissen vom Sonntag über den Nachrichtenticker lief.

Schlömer, der im April 2012 zum Parteichef gewählt worden war, will beim Bundesparteitag Ende November nicht wieder antreten. Genau wie bei den Grünen Jürgen Trittin, Renate Künast für die Fraktionsspitze und Claudia Roth für den Par-

teivorsitz. »Wir müssen uns neu aufstellen mit Blick auf 2017«, sagte Trittin laut Teilnehmern der Sitzung von alten und neuen Grünen-Parlamentariern am Dienstag. Auch Roth findet, »jetzt ist der richtige Zeitpunkt für eine Neuausrichtung«.

Künast sagte der dpa, sie habe die bereits vor längerem getroffene Entscheidung bei einem Treffen der Abgeordneten ihres Realoflügels mitgeteilt. Stattdessen wolle sie nun für den Posten der Bundestags-Vizepräsidentin kandidieren. Den will allerdings auch Roth haben. »Ich möchte mich gern in der Fraktion bewerben für das Amt der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags«, erklärte sie im ARD-»Morgenmagazin«.

Für die freien Fraktions-spitzenposten bewerben sich bisher Katrin Göring-Eckardt – als Ko-Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl neben Trittin wohl auch nicht ganz ohne Verantwortung fürs Wahldebakel – und der Verkehrsexperte Anton Hofreiter.

Als Nachfolgerin für Roth wurde die ehemalige saarländische Umweltministerin Simone Peters ins Spiel gebracht.

Nicht jede Stimme zählt: Probleme bei der Briefwahl Seite 2

Claudia Roth und der Abschied von einem Grünenbild Seite 3

Da waren sie ganz alleine: Schwarz-Gelb in Sachsen Seite 4

Streit um den Kurs bei den Berliner Piraten Seite 9

So viel es derzeit über Personalfragen zu berichten gibt, so wenig gibt es über Fortschritte bei der Suche nach Koalitionsoptionen zu melden. Die Sozialdemokraten ringen um eine Position gegenüber der übermächtigen Merkel-CDU – der linke Flügel beginnt sich gegen ein schwarz-rotes Bündnis zu sperren. Dessen Sprecherin Hilde Mattheis erklärte, dort könne die SPD die we-

nigsten ihrer Inhalte umsetzen. Sie hält stattdessen auch eine Minderheitsregierung der Union für denkbar. Dann gäbe es die Möglichkeit, bei bestimmten Themen zusammenzuarbeiten, etwa in den Bereichen Europapolitik, Steuern sowie Arbeit und Soziales.

In der Union wiederum, die derzeit auf die SPD schießt, herrscht Skepsis gegenüber einer möglichen schwarz-grünen Koalition – die zweite Option, sollte sich die SPD dauerhaft verweigern. So hatte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer Sondierungsgespräche »mit den Spitzenleuten der Grünen, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben« ausgeschlossen. Bleibt abzuwarten, ob das nach der Neuformierung der Grünen weiterhin gilt. Abwarten will auch Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU): »Wir werden jetzt erst mal mit der SPD sprechen.« Bei den Grünen sehe er derzeit keine Bewegung – »es ist ja nicht mal jemand da, mit dem man sprechen könnte«.